



pro mente oö

INFO Nr. 6/14. Dezember 2010  
Streikleitung pro mente OÖ:  
Johannes Reiter: 0676/9189789

# WARNSTREIK



## 13. und 14. Dezember 2010

### Kurzbericht 1. Streiktag:

- ✓ An allen Streikorten guten Verlauf, ohne jegliche Schwierigkeiten
- ✓ Keine Streikbrecher
- ✓ Keine besonderen Vorkommnisse
- ✓ Stimmung bei allen streikenden MitarbeiterInnen gut, trotz Bedrohung von Schließung
- ✓ Gute Gespräche zwischen MA und Gewerkschaftler am Streikort
- ✓ Alle Mahnwachen zur Zufriedenheit verlaufen; aber auch vereinzelte Konfrontationen mit Ablehnung und sozialer Kälte seitens der Bevölkerung
- ✓ Zum Teil über 150 Unterschriften pro Mahnwache gesammelt
- ✓ Teilnahme von MitarbeiterInnen aus nicht vom Streik betroffenen Einrichtungen bei Mahnwachen
- ✓ Teilnahme von MitarbeiterInnen an Mahnwachen während ihren freien Tagen
- ✓ Lokale Presse an ca. der Hälfte der Mahnwachen anwesend
- ✓ Auch Betriebsräte aus anderen Betrieben und lokale PolitikerInnen haben zeitweise teilgenommen
- ✓ Zahlen:
  - von 205 MA insgesamt und 147 MitarbeiterInnen mit Dienst am Montag haben gestreikt:
  - 127 MA (Rest im Krankenstand etc.)
  - 21 BetriebsrätInnen/ersatzbetriebsrätInnen als Streikposten
  - 23 GPA-djp/ÖGB KollegInnen



Mahnwache in Wels



Vorbereitung in der PSB Schärding



Mahnwache in Linz

## weitere Solidaritätserklärungen:

### Vernetzung der BetriebsrätInnen in der Suchthilfe in Wien, 13.12.2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es reicht! Das denkt sich die meisten von uns schon lange. Maßnahmen gegen die in weiten Bereichen untragbaren Arbeitsbedingungen waren bisher allerdings Mangelware - ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo Streiks im Sozial- und Gesundheitsbereich mittlerweile an der Tagesordnung stehen. Eine besch... Bezahlung, lange Arbeitszeiten, schlechte Ausstattung, immer mehr KlientInnen, zu wenig Personal, eine enorme psychische Belastung, eine lächerlich geringe finanzielle Ausstattung durch die öffentliche Hand - die Liste der Probleme ist lang.

Lange - viel zu lange - haben wir im Sozialbereich geschwiegen, haben uns ohne aufzumucken jede weitere Verschlechterung gefallen lassen. Haben - aus Verantwortung für unsere KlientInnen und PatientInnen - gekuscht. Im Sozialbereich gibt es aber letztlich nur ein einziges Kriterium für die Qualität der erbrachten Leistungen: Die Zufriedenheit der Beschäftigten. Und diese hängt von den Arbeitsbedingungen ab. Jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geht also direkt auf Kosten der von uns Betreuten, der Bedürftigen in dieser Gesellschaft. Daher ist klar: Jeder Kampf für eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen ist auch ein Kampf für die KlientInnen - für die Leistungen, die sie bekommen, für ihre Rechte, für etwas mehr an gesellschaftlichem Ausgleich. Jede Kürzung von Mitteln, jede Unterfinanzierung sozialer Leistungen, jede schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingung, für welche Politik und Geschäftsführungen gemeinsam verantwortlich sind, geht direkt zu Lasten der KlientInnen.

Ein Personalabbau auch nur von einem Kollegen oder einer Kollegin gerade in unserem Arbeitsbereich muss daher dem Fass den Boden ausschlagen. Dieser zeigt nur einmal mehr, wie sehr die verantwortlichen PolitikerInnen den Boden unter den Füßen verloren haben. Dass ihr in Oberösterreich in Anbetracht dieser Situation endlich als erste damit aufhört, euch alles gefallen zu lassen, ist ein enormer Fortschritt in unserer Branche. Eurem Mut gehört unser voller Respekt. Endlich ist hoffentlich der Damm gebrochen und wir im Sozial- und Gesundheitsbereich lassen uns nichts mehr gefallen!

Wir wünschen euch alles Gute für eure Kampfmaßnahmen und hoffen, dass ihr eure Anliegen durchsetzen könnt!

**Axel Magnus**

Betriebsratsvorsitzender Sucht- und Drogenkoordination Wien

im Namen der Vernetzung der BetriebsrätInnen in der Suchthilfe in Wien

### Gewerkschaftlicher Linksblock, 13.12.2010

GLB solidarisch mit Warnstreik gegen Sozialabbau

Kürzung bei psychosozialen Diensten ist ein Schuss ins Knie

Solidarisch erklärt sich die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) entsprechend einem Beschluss der GLB-Bundeskonferenz vom vergangenen Samstag mit dem Warnstreik bei pro mente OÖ und EXIT-sozial Linz gegen die 33prozentige Budgetkürzung durch das Land Oberösterreich und die damit verbundene Kündigung von 113 Beschäftigten dieser Sozialvereine am 13. und 14. Dezember 2010.

Der Protest des GLB gegen die Streichorgie im Sozialressort wurde von GLB-Bundessekretär Oliver Jonischkeit an LH Josef Pühringer (ÖVP), LHStv. Josef Ackerl (SPÖ) und die Klubchefs der vier Landtagsparteien übermittelt.

Ende Oktober teilte die Sozialabteilung Oberösterreichs im Auftrag von Sozialreferent Ackerl den Geschäftsführungen von pro mente OÖ, Exit Sozial und Arcus-Sozialnetzwerk mit, dass wegen der „budgetären Situation des Landes in allen Bereichen Einsparungsmaßnahmen“ das Budget ab 1. Jänner 2011 für die Leistungsbereiche psychosoziale Beratungsstellen und Krisendienste sowie Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen um 33 Prozent gekürzt wird. Gleichzeitig wurde erklärt, dass Verhandlungen nicht mehr möglich seien, nur mehr über die Umsetzung könne gesprochen werden.

Ackerl verteidigte Anfang November bei einer Pressekonferenz zum Thema „Sozialbudget 2011“ lapidar die massiven Einschnitte. Bei einem Gespräch mit den Geschäftsführungen wurde vom Büro Ackerl erklärt, dass man sich der massiven Auswirkungen bewusst sei, es aber keine Alternativen gäbe und man gezwungen sei, die Vorgaben umzusetzen.

Die BetriebsrätInnen der betroffenen Vereine fassten am 22. November bei einer gemeinsamen (Teil-) Betriebsversammlung den fast einstimmigen Beschluss für einen Warnstreik, der nach der Streikfreigabe durch das Präsidium der GPA-djp findet vor

und während der Budgetsitzung des Landtages stattfindet. Rund 22.000 Menschen haben bisher bereits eine Petition gegen diese Kürzungen im Sozialbereich unterzeichnet.

Im Zusammenhang mit dem Warnstreik findet am 14. Dezember eine Gesamt-Betriebsversammlung der beiden Sozialvereine im öffentlichen Raum in Form einer Kundgebung statt (11:30 Uhr, Treffpunkt, Linz, Schillerplatz, 12:00 Uhr, Demonstration zum LDZ, Bahnhofvorplatz, anschließend Kundgebung). Der GLB ruft zur Unterstützung und Teilnahme an dieser Demonstration gegen Sozialkürzungen und Belastungspaket auf.

Mit den Kürzungen in Oberösterreich soll offenbar ein Exempel für andere Bundesländer und Branchen statuiert werden. Die Kürzung bei den psychosozialen Diensten trifft die schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft und bedeutet für betroffene Menschen noch längere Wartezeiten, obwohl gerade bei akuten Krisen sofort gehandelt werden müsste. Auch finanziell ist diese Maßnahme ein Schuss ins Knie, weil steigende Krankenstände, Frühpensionierungen und Krankenhausaufenthalte und damit eine steigende Belastung des Gesundheitsbudgets die Folge sind.

**Mit freundlichen Grüßen**  
**Johannes Reiter,**  
**Streikleitung pro mente OÖ**